

ANTRAG auf

- Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis
- Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis
- Erteilung einer Niederlassungserlaubnis
- Erteilung Daueraufenthalt – EU
- Erteilung einer Aufenthaltskarte (Familienangehöriger eines Unionsbürgers)
- Erteilung einer Daueraufenthaltskarte (Unionsbürger bzw. dessen Familienangehöriger)

 Bitte beachten Sie, dass terminierte
 Vorsprachen Vorrang haben.
 Bei nicht terminierter Vorsprache ist mit
 erheblicher Wartezeit zu rechnen.

 Aufenthaltszweck: Familiennachzug Erwerbstätigkeit
 Studium / Ausbildung humanitäre Gründe

1. Antragsteller

Familienname:	Vorname:	
Geburtsname:	Geschlecht: <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ):	Geburtsort:	
Staatsangehörigkeit/en:	Augenfarbe:	Körpergröße: cm
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort):		
Familienstand: <input type="checkbox"/> verheiratet / eingetragene Partnerschaft <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> getrennt lebend	seit (TT.MM.JJJJ):	
Erste Einreise in das Bundesgebiet:	Letzte Einreise in das Bundesgebiet:	

2. Ehegatte

Familienname:	Vorname:	
Geburtsname:	Geschlecht: <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ):	Geburtsort:	
Staatsangehörigkeit/en:	derzeitiger Aufenthaltstitel:	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort):		

3. Kinder

Name:	Vorname:	Geburtsdatum:	Wohnort:	Staatsangehörigkeit
		. .		
		. .		
		. .		
		. .		
		. .		

4. Straffreiheit

 Ich bin in Deutschland oder im Ausland bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten.
 nein ja, und zwar wegen

 Gegen mich wird zurzeit wegen des Verdachts einer Straftat ermittelt.
 nein ja, und zwar wegen

5. Auslandsaufenthalte von mehr als sechs Monaten

<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja →	Grund des Aufenthaltes	von:	bis:
		
		

6. Sicherstellung des Lebensunterhaltes (bitte Nachweise beifügen)

<input type="checkbox"/> Ich befinde mich in Schul-/Berufsausbildung. <input type="checkbox"/> Ich stehe in einem Beschäftigungsverhältnis. <input type="checkbox"/> Ich bin selbständig tätig. <input type="checkbox"/> Ich bin nicht erwerbstätig.	<input type="checkbox"/> Mein Lebensunterhalt wird aus eigenen Mitteln und/oder Unterhaltsleistungen sichergestellt. <input type="checkbox"/> Ich beziehe öffentliche Leistungen – nämlich <input type="checkbox"/> nach SGB II, <input type="checkbox"/> nach SGB XII, <input type="checkbox"/> nach dem AsylbLG, <input type="checkbox"/> Wohngeld (Angaben hierzu entnehmen Sie bitte Ihrem aktuellen Leistungsbescheid)
---	--

7. Angaben zur Unterkunft

Wie sind Sie wohnungsmäßig untergebracht?	Wohnung mit	Zimmern	insgesamt	qm ²
---	-------------	---------	-----------	-----------------

8. Kenntnisse der deutschen Sprache

Verfügen Sie über deutsche Sprachkenntnisse?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, erworben durch
--	---

9. Integrationskurs (bitte Nachweise beifügen)

<input type="checkbox"/> Ich habe erfolgreich an einem Integrationskurs teilgenommen. <input type="checkbox"/> Ich nehme zurzeit an einem Integrationskurs teil. <input type="checkbox"/> Ich habe nicht an einem Integrationskurs teilgenommen, weil

10. Kontaktdaten für evtl. Rückfragen bzw. Benachrichtigung (die Angabe ist freiwillig)

Telefon	Email
---------	-------



Ich versichere, dass ich die vorstehenden Angaben vollständig und wahrheitsgemäß gemacht habe. Ich bin verpflichtet, alle Änderungen meiner persönlichen Verhältnisse (auch meiner Passdaten) unverzüglich der Ausländerbehörde mitzuteilen.

Ich habe nachstehenden Text gelesen und zur Kenntnis genommen:

- Gem. § 54 Abs. 2 Nr. 8 AufenthG wiegt das Ausweisungsinteresse von § 53 Abs. 1 schwer, wenn der Ausländer in einem Verwaltungsverfahren falsche oder unvollständige Angaben zur Erlangung eines deutschen Aufenthaltstitels, eines Schengen-Visums, eines Flughafentransitvisums, eines Passersatzes, der Zulassung einer Ausnahme von der Passpflicht oder der Aussetzung der Abschiebung gemacht hat [...]
- Gem. § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen einen Aufenthaltstitel oder eine Duldung zu beschaffen oder das Erlöschen oder die nachträgliche Beschränkung des Aufenthaltstitels oder der Duldung abzuwenden oder eine so beschaffte Urkunde wissentlich zur Täuschung im Rechtsverkehr gebraucht.
- Gem. § 82 Abs. 1 AufenthG ist der Ausländer verpflichtet, seine Belange und für ihn günstige Umstände, soweit sie nicht offenkundig oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen und die erforderlichen Nachweise über seine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen und Erlaubnisse sowie sonstige erforderliche Nachweise, die er erbringen kann, unverzüglich beizubringen. Die Ausländerbehörde kann ihm dafür eine angemessene Frist setzen. Sie setzt ihm eine solche Frist, wenn sie die Bearbeitung eines Antrags auf Erteilung eines Aufenthaltstitels wegen fehlender oder unvollständiger Angaben aussetzt, und benennt dabei die nachzuholenden Angaben. Nach Ablauf der Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachte Nachweise können unberücksichtigt bleiben. Der Ausländer, der eine ICT-Karte nach § 19b beantragt hat, ist verpflichtet, der zuständigen Ausländerbehörde jede Änderung mitzuteilen, die während des Antragsverfahrens eintritt und die Auswirkungen auf die Voraussetzungen der Erteilung der ICT-Karte hat.